



Ist Frau Merkel kriminell?



Sehr geehrte Frau

Dr. Merkel, verantwortungsbewußte Bürger haben belastbare Argumente dafür, Ihre politischen Fehlentscheidungen als kriminell zu bezeichnen. Offensichtlich fügen Sie unserem Volk wider besseres Wissen und im Widerspruch zu Ihrer Dienstverpflichtung exorbitante Schäden zu. Den gegen Sie erhobenen begründeten Vorwürfen haben Sie nichts zu entgegnen.

(Von Dipl.-Chem. Dr. Hans Penner, 76351 Linkenheim Hochstetten)

1. Angesichts der angespannten Welternährungssituation ist die Vernichtung von Agrarfläche und die Herstellung von Strom und Treibstoffen aus Lebensmitteln Frevel.

2. Sie wissen als Physikerin genau, daß CO₂-Emissionen keine klimaschädliche Wirkung haben. Sie wissen, daß die Globaltemperatur seit 17 Jahren sinkt. Sie wissen, daß die Klimasensitivität des CO₂ weniger als 1°C beträgt. Bekannt ist Ihnen auch, daß der Weltklimarat keine seriöse Institution ist und keine zuverlässigen Daten liefert. Die kanadische

Journalistin Donna Laframboise hat hierüber ein Buch geschrieben.

3. Ohne einen rationalen Grund und ohne europäische Verantwortung haben Sie die Vernichtung der sichersten Kernkraftwerke der Welt angeordnet. Mit der Zerstörung der deutschen Kerntechnik haben Sie, global betrachtet, der Sicherheit der Kernenergienutzung einen beträchtlichen Schaden zugefügt.

4. Sie ruinieren ohne rationale Begründung die sichere und preisgünstige deutsche Stromversorgung. Ohne Sinn und Verstand setzen Sie ein extrem teures zweites Stromversorgungssystem mit Unsteten Energien durch. Wind- und Solarstrom sind wegen der extremen Unstetigkeit, der viel zu geringen Energiedichte und der fehlenden Speichermöglichkeit für die Einspeisung in Netze nicht geeignet.

5. Sie haben durch hemmungslose finanzielle Belastung der Bürger eine Wind- und Solarindustrie aufgebaut, die jetzt bankrott geht. Jeder Arbeitsplatz der Unsteten Energien vernichtet 2-6 Arbeitsplätze in anderen Branchen.

6. Sie betreiben die Desindustrialisierung Deutschlands. Die energieintensive Industrie wandert aus, weil Sie erreicht haben, daß Deutschland die höchsten Stromkosten der Welt hat und dadurch seine Konkurrenzfähigkeit verliert.

7. Die energiepolitisch bedingte finanzielle Belastung der Bürger kann man nicht anders als Ausplünderung bezeichnen. Wahrscheinlich sind im vorigen Jahr jedem Bürger 400 Euro entwendet worden, um Ihre unsinnige Energiewende zu finanzieren. Schon voriges Jahr konnten 600.000 Haushalte ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Arbeitslose müssen über ihre Stromrechnung die Solardächer wohlhabender Hausbesitzer finanzieren. Ein Ende der permanenten Strompreissteigerungen ist nicht abzusehen.

8. Durch dezentrale Stromversorgung steigt der Strombedarf

erheblich, weil der überregionale Ausgleich des Strombedarfs wegfällt. Konventionelle Kraftwerke, die stetig Strom liefern, sind für eine gesicherte Stromversorgung unverzichtbar, können aber nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. Sie haben kein Konzept, um die voraussehbaren künftigen Lücken der Stromversorgung zu schließen.

Ich hoffe auf eine Verbreitung dieses Schreibens. Zuverlässige Informationen findet man auf der Internetseite des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE).

In Besorgnis
Hans Penner

Jörg Uckermann in Kölner Klinik verhaftet



Heute war der Beginn des Prozesses gegen vier Pro Köln-Politiker vor dem Kölner Landgericht wegen angeblich zu Unrecht bezogener Sitzungsgelder (in Höhe von z.B. 52 Euro in vier Jahren bei Stadtrat Markus Wiener). Nicht zur Verhandlung erschien der stellvertretende Pro Köln-Vorsitzende Jörg Uckermann, der – wie die Kölner Dumont-Zeitungen [Express](#) und [Stadt-Anzeiger](#) schreiben – per Haftbefehl von der Polizei gesucht wurde. Inzwischen meldet das dritte Dumont-Blatt

[Kölnische Rundschau](#), dass Uckermann am Abend in einer Kölner Klinik festgenommen wurde. Ob es sich dabei um das Kölner Landeskrankenhaus Merheim oder Porz handelte, wurde nicht bekannt. Wie zu verlauten war, soll Uckermann durch die Ereignisse der letzten Tage psychisch äußerst mitgenommen gewesen sein.

EKD-Kokolores, den kein Gläubiger braucht

Deutsche Amtskirchen stehen vor einem Dilemma: Während immer mehr Menschen auf Sinnsuche gehen, nach Spiritualität geradezu hungern, setzt das Funktionärschristentum auf Anpassung an den Zeitgeist. Das Ergebnis ist Kokolores, den kein Gläubiger braucht. Allein durch Christus, die Gnade, den Glauben und die Heilige Schrift finde der Mensch seine Bestimmung vor Gott. Das lehrte – knapp zusammengefasst – der große Reformator Martin Luther, der sich vor 500 Jahren aufmachte, schlimme Fehlentwicklungen wie den Ablasshandel der Römischen Kirche oder ihr aus seiner Sicht falsches Eucharistieverständnis öffentlich zu kritisieren. Stets galt sein Bemühen dabei der Suche nach dem richtigen Weg zu Gott. ([Fortsetzung im Focus](#))

SAT.1 zur Pirinçci-Sperre:

„Leider hat sich das Sprachniveau in die falsche Richtung entwickelt“



Das bereits aufgezeichnete Interview mit Akif Pirincci im SAT.1-Frühstücksfernsehen wurde – [wie bereits berichtet](#) – am Freitag Morgen nicht ausgestrahlt. Viele Zuschauer haben sich daraufhin bei SAT.1 beschwert – jetzt liegt PI eine Antwort der Redaktion vor.

Darin heißt es:

Guten Tag,

vielen Dank für Ihre E-Mail.

Gerne möchten wir Ihnen mitteilen, weshalb das für heute angekündigte Interview mit Akif Pirincci nicht im Frühstücksfernsehen gezeigt wurde.

Bei der Aufzeichnung des Gespräches mit Herrn Pirincci hat sich das Sprachniveau leider in die falsche Richtung entwickelt, welches so nicht in unsere Sendung passt.

Unsere Sendung ist für die gesamte Familie gedacht und deshalb hat sich die Redaktion dazu entschieden, das Interview nicht darin zu zeigen.

Wir können Ihre Enttäuschung darüber verstehen, aber wie

bereits beschrieben, war das Interview so nicht sendefähig.

Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüße

Kai Schmidt

SAT.1 Zuschauerredaktion

www.sat1.de

SAT.1 Satelliten Fernsehen GmbH

Gutenbergstr.3 • D – 85774 Unterföhring

Dass Akif Piriñci in seinem Buch und bei seinen öffentlichen Auftritten kein Blatt vor den Mund nimmt, hätte den SAT.1-Verantwortlichen klar sein müssen. Ist der eigentliche Grund nicht vielmehr der, dass die Inhalte, die Piriñci während des Gesprächs äußerte, der Redaktion nicht in ihr ideologisches Weltbild passte?

Kontakt:

ProSiebenSat.1

SAT.1-Frühstücksfernsehen

Medienallee 4

D-85774 Unterföhring

Tel: 089/9507-10

Fax: 089/9507-8901

zuschauerservice@sat1.de



Rechte Partnerstadt bringt Herne in Zwiespalt



In der EUdSSR

brodelt es! Driftet Europa nach Rechtsaußen? Fakt ist: Die Zustimmung für Parteien „am rechten Rand“ ist in einigen EU-Ländern stark gestiegen. Führende Europapolitiker beobachten diesen Vormarsch mit großen Bauschmerzen. Der Vorstand eines Netzwerks gegen Rassismus warnt verzweifelt: „Jeder muss jetzt deutlich seine Stimme dagegen erheben“, und die Parteienforscherin Sara L. de Lange jammert: „Es gibt Gründe, sehr besorgt zu sein!“

(Von Verena B., Bonn)

Sehr besorgt waren auch Frankreichs Bürger, als sie dem Front National (FN) und seiner Chefin Marine Le Pen ihre Stimme gaben, die sich bei den Kommunalwahlen 2014 über hohe Ergebnisse freuen konnte. Und das nicht nur in traditionellen Bastionen der Partei, im Nordosten des Landes und der Provence, sondern auch in Regionen wie der Bretagne oder dem Südwesten, in denen der FN bislang schwach vertreten war. Nun kann die Partei mindestens zehn Bürgermeister stellen, zum Beispiel in Fréjus, Villers-Cotterêts, Cogolin und auch in Hénin-Beaumont, das im Nordosten Frankreichs in der Nähe von Lille liegt und die einzige französische Stadt ist, in der ein Kandidat des FN im ersten Wahlgang gewählt worden ist.

Hénin-Beaumont unterhält eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Herne. Jetzt hat der französische Partner einen demokratisch gewählten Bürgermeister des Front National, Steeve Briois, was im bunten Herne naturgemäß hitzige Diskussionen auslöst!

Hernes Oberbürgermeister [Horst Schiereck \(SPD\)](#) [sieht das jedoch gelassen](#) und stellt fest, dass die Städtepartnerschaft seit 60 Jahren bestehe, und damals habe es in Herne auch noch viele Nazis gegeben. Und: Herne habe ganz andere Probleme. Die Stadt gehört zu einem ehemaligen Kohlenrevier, das bis heute den Strukturwandel nicht bewältigt hat und unter hoher Arbeitslosigkeit leidet.

Regelmäßig tauschen sich Schulen und Sportvereine der beiden Partnerstädte aus und es gibt bikulturelle Veranstaltungen. Jochen Paul, der Vorsitzende des Vereins zur Förderung der partnerschaftlichen Beziehungen, betont, dass es primäre Aufgabe sei, die Menschen zusammenzuführen. „Ich bin guten Mutes, dass es weitergeht.“ Die nächste Gruppe, die aus Herne nach Hénin-Beaumont reist, sind elf- bis 15-jährige Schüler, Jugendliche, von denen viele einen Migrationshintergrund haben, türkische Wurzeln vor allem, aber auch afrikanische, albanische, syrische. Bisher hätten deren Eltern noch keine Bedenken geäußert, sie nach Frankreich fahren zu lassen, obwohl sich der FN massiv gegen Zuwanderer positioniert.


Dennoch scheint es im multikulturellen Herne nicht unerheblich zu rumoren. Deshalb wird der Ältestenrat der Herner Politik am 29. April über den künftigen offiziellen Umgang mit der französischen Partnerstadt beraten.

Medienberichte, dass die Stadt Herne das Bündnis offiziell auf Eis legen wolle, wies Stadtsprecher Christian Matzko am Donnerstag auf [Anfrage der WAZ](#) zurück. Unabhängig von den Beratungen im Ältestenrat gelte nach wie vor, dass es bei der Partnerschaft vor allem um Kontakte zwischen den Bürgern der beiden Städte gehe.

Wir hätten da folgenden Vorschlag: Aus Solidarität zur französischen Partnerstadt entscheidet sich Herne dafür, von nun an auch rechts zu wählen!



90 „Flüchtlinge“ pro Stunde nach Europa!

 Seit Dienstagmorgen hat die italienische Marine mehr als 4000 Afrikaner nach Europa geholt. Und Hunderttausende warten noch darauf, ins „gelobte Land Europa“ zu kommen, um hier von der Wirtschaftsleistung der Europäer zu profitieren. Nun fordert Italiens Innenminister Angelino Alfano mehr Unterstützung von der EU.

(Von L.S.Gabriel)

Neben der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ ([Frontex](#)), die von der EU dazu verpflichtet wurde, alle „Flüchtlinge“, aus dem Mittelmeer zu „retten“ und nach Europa zu bringen ([PI berichtete](#)), startete Rom die Aktion „Mare Nostrum“, nachdem im Herbst 2013 etwa 400 Menschen bei der Überfahrt ums Leben gekommen waren. Dabei wird mit Drohnen, Hubschraubern und Kriegsschiffen, ausgestattet mit modernster Infrarottechnik, nach Flüchtlingsbooten gesucht.

Da braucht man sich nicht wundern, wenn man des Ansturms nicht mehr Herr wird, denn diese Art der Bevölkerungsumsiedlung hat sich mittlerweile bis nach Afrika herumgesprochen und weckt noch mehr Begehrlichkeiten. Zuallererst profitieren natürlich die Schlepper von dieser Methode. Dazu kommt, dass Rom den

Straftatbestand der illegalen Einwanderung, der mit Gefängnis bestraft wurde, wegen der bereits überfüllten Haftanstalten abgeschafft hat.

Nun kommt Italien aber an die Grenze seiner Belastbarkeit.

[Welt online](#) berichtet:

Die Zahl der Rettungseinsätze seit Oktober 2013 bezifferte De Giorgi auf 117. Insgesamt 18.546 Flüchtlinge seien in Sicherheit gebracht worden. Allein diesen Dienstag seien 553 Menschen an Land gezogen worden. Die Zahl der Flüchtlinge übers Meer sei enorm gestiegen. 2013 seien 42.925 Menschen über das Meer geflohen, 224 Prozent mehr als 2012, so De Giorgi.

Der italienische Staat ächzt unter der Flüchtlingswelle und stellt Forderungen an die europäischen Partner. Die Regierung von Ministerpräsident Matteo Renzi macht sich dafür stark, dass die EU mehr für die Kontrolle der Grenzen ausgibt. Die 80 Millionen Euro für die Agentur Frontex, die für die Bewachung der EU-Außengrenzen zuständig ist, reichten nicht aus, moniert Italiens Innenminister Angelino Alfano. Italien fordert zudem eine Reform der Asylgesetzgebung. Die europäischen Regeln schreiben im Rahmen der sogenannten Dublin-II-Vereinbarung vor, dass ein Flüchtling nur in einem Land einen Asylantrag stellen darf und dort auch bleiben muss. Das bedeutet: Wer in Italien anstrandet, darf das Land nicht verlassen.

Spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2014, wenn Italien die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, werde man dieses Thema intensivieren, so Außenministerin Mogherini. Besser wäre es, die Bemühungen zu intensivieren, die Grenzen Europas und die europäische Bevölkerung vor dieser Invasion zu schützen.

[Australien hat es vorgemacht!](#)

Wolfgang Bosbach im Interview zum Edathy- Untersuchungsausschuss



Wolfgang Bosbach

(CDU), Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, sprach sich entgegen seiner Fraktionslinie für einen Untersuchungsausschuss im Fall Sebastian Edathy aus. Es gäbe auch nach vier Sitzungen des Innenausschusses noch sehr viel Aufklärungsbedarf, auch wenn er sich nicht wirklich allzu viel davon erwarte, so habe ein Untersuchungsausschuss doch mehr Möglichkeiten, z.B. die der Zeugenladung, argumentiert Bosbach und fasst gleichzeitig den Skandalfall zusammen.

Hier das Interview mit Radio [Stimme Russlands](#) (ab min 1.20):

Hanau: Aldi wird zur Moschee



„Früher standen die

Türken (Muslime) vor Wien – heute stehen sie vor Aldi in Hanau“ – für die Brüder-Grimm-Stadt im Osten des Rhein-Main-Gebiets gilt dieses Zitat demnächst nicht mehr. Dort standen die Muslime mal vor Aldi, demnächst stehen sie vor ihrer Moschee, herzlichen Glückwunsch! Die Ahmadiyya-Gemeinde setzt ihre orientalische Duftmarke nun auch im bunten und weltoffenen Hanau: In einem ehemaligen Aldi-Markt im Hanauer Hafengebiet kann die islamische Gemeinde eine Moschee einrichten. Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) kündigte bei einem Termin mit zwei kritischen Anwohnern im Rathaus an, dass die Baugenehmigung in den nächsten Tagen unterzeichnet wird!

(Von Verena B., Bonn)

Die geplante Ahmadiyya-Moschee ergänzt in hervorragender Weise die bisher acht vorhandenen Moscheen, von denen sechs eingetragen sind. Unter diesen sind insbesondere die DITIB-Merkez-Camii-Moschee und die radikal-islamische Milli-Görüs-Moschee lobenswert hervorzuheben. Da Hanau „hip“ und „trendy“ ist, besteht seit 2013 neben zahlreichen anderen Städtepartnerschaften auch eine mit der türkischen Stadt Nilüfer.

[op-online](#) berichtet verzückt über die Erfolgsgeschichte der Landnahme durch die künftige Moschee:

Der im Juni 2013 gestellte Bauantrag der muslimischen Glaubensgemeinschaft sei „nach Recht und Gesetz geprüft und bewertet“ worden. Die Ahmadiyya-Gemeinde hatte das Anwesen mit der leerstehenden Aldi-Filiale in der Hafenstrasse gekauft und will sie bis Ende dieses Jahres zu einer Gebetsstätte für ihre rund 150 Mitglieder umbauen sowie zwei zwölf Meter hohe Minarette errichten. Dies ist eine geringere Höhe im Vergleich zu den von der Glaubensgemeinschaft in anderen hessischen Städten errichteten Minaretten.

Die Moschee soll täglich geöffnet sein. Nach Angaben des Antragstellers beschränkt sich die Nutzung auf das Abend- und das Freitagsgebet (17 bis 22 Uhr). Freitags sei mit dem größten Zulauf von 80 bis 90 Personen zu rechnen, werktags mit 30 bis 40 Personen. Es wird laut Bauantrag keine Lautsprecher geben und keine Gebetsrufe, die nach außen dringen. Die erforderlichen 104 Stellplätze können alle auf dem Grundstück nachgewiesen werden, so dass nicht mit Problemen durch Besucherverkehr zu rechnen sei, betont Oberbürgermeister Kaminsky.

Nicht im Betrieb eingeschränkt

Benachbarte Unternehmen werden durch die Moschee in ihrem Betrieb nicht eingeschränkt, da die von der Ahmadiyya-Gemeinde beantragte Verwaltungswohnung nicht genehmigt worden ist. „Die Wünsche der Ahmadiyya-Gemeinde sowie die Interessen der benachbarten Firmen im Hafen konnten vereint werden“, so Kaminsky.

Die Stadt hatte Anwohner, die dem Vorhaben skeptisch gegenüber stehen, bereits im Sommer 2013 bei einem Ortstermin mit Vertretern der Ahmadiyya-Gemeinde mit an den Tisch geholt und ihnen die Baupläne vorgestellt. „Wir wollten mit größtmöglicher Transparenz die Akzeptanz für das Projekt fördern“, so der Oberbürgermeister. Deshalb sei es für ihn selbstverständlich gewesen, Günter Jung und Emelie Rensch, die damals Unterschriften für eine Information der Anwohner

gesammelt hatten, zeitnah von der Entscheidung der Bauaufsicht in Kenntnis zu setzen. Diese nahmen bei der Zusammenkunft im Rathaus die Aussage von Claus Kaminsky wohlwollend zur Kenntnis, dass die Stadt darauf achten werde, dass die Nutzung des Gebäudes im Rahmen der Genehmigung erfolgt.

Ob die Brüder Grimm auf den orientalischen Märchenerzähler, OB Claus Kaminsky und seine Brüder und Schwestern im armseligen Geiste, stolz wären, bleibt dahingestellt.

Kontakt:



Magistrat der Stadt Hanau

Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD)

Am Markt 14-18

63450 Hanau

Tel: 06181 / 295-250

ob.clauskaminsky@hanau.de



Roger Köppl: Die unverschämte Gauck-Rede in der Schweiz



[Die Rede des](#)

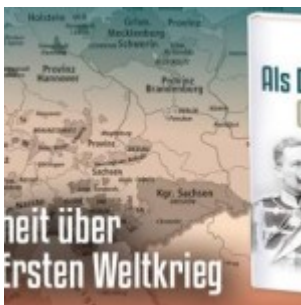
[deutschen Bundespräsidenten](#) Joachim Gauck anlässlich seines Staatsbesuchs in Bern gab vor allem wegen dessen Kritik an der direkten Demokratie zu reden. Tatsächlich ist es verwunderlich, wenn ein Staatsoberhaupt seinen Gastgebern den Mahnfinger vorhält. Es ist umso verwunderlicher, als die Schweiz ein äusserst demokratischer und seit Jahrhunderten friedlicher Staat ist. Zu Recht wurde Gauck für diese Kommentare kritisiert. Eine viel befremdlichere, ja eigentlich skandalöse Aussage des deutschen Präsidenten freilich blieb merkwürdigerweise unter dem Radar.

Gauck kam während seines Vortrags noch auf die schweizerische Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg zu sprechen. Auch dies tat er im vorwurfsvollen Ton moralischer Belehrung: «Auch wenn die Schweiz nicht immer alle Flüchtlinge und Verfolgten hat aufnehmen können und obwohl sie [...] in Zeiten der deutschen NS-Diktatur nicht offen genug war [...].»

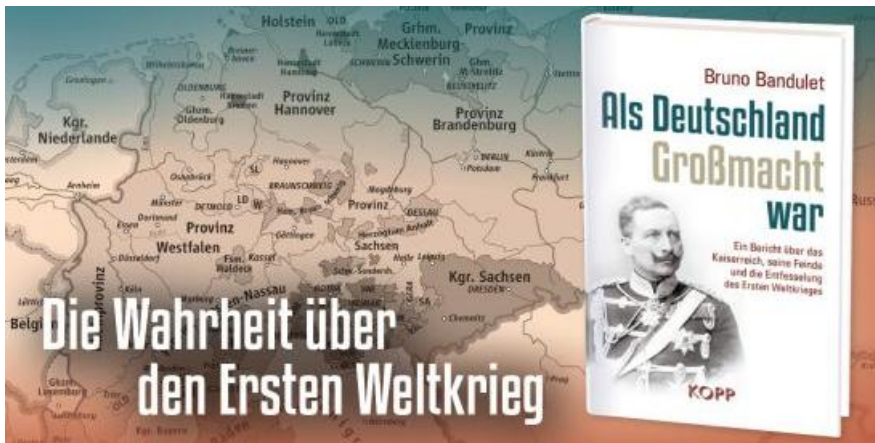
Nicht offen genug in Zeiten der NS-Diktatur? Dass ein deutscher Bundespräsident den Schweizern heute ihre Politik gegenüber dem deutschen Regime unter dem deutschen Reichspräsidenten Hitler vor siebzig Jahren vorhält, ist mehr als unsensibel. Es ist deplatziert und geschichtsblind. Die

Schweiz hat, als die Deutschen im Stechschritt durch Europa marschierten, als letzter Staat auf dem Kontinent seine demokratische Verfassung verteidigt. Die Schweiz bot Tausenden von durch Deutsche Verfolgten Asyl und Schutz.

Die Empfehlung Gaucks, die Schweiz hätte damals «alle Flüchtlinge» aufnehmen sollen, läuft auf einen rückwirkenden Ratschlag zum Untergang hinaus. Nie hätte der von deutschen Nationalsozialisten umzingelte Kleinstaat Schweiz «alle Flüchtlinge» aufnehmen können, geschweige denn aufnehmen sollen. Das hätte nicht nur das Aufnahmevermögen der drangsalierten Volkswirtschaft überstiegen. Es wäre auch eine Provokation der Deutschen gewesen und hätte ihnen womöglich den Vorwand für einen Einmarsch geliefert... (*Der vollständige Text in der WELTWOCHEN hier!*)



Wer war schuld am ersten Weltkrieg?



Im Sommer 2014

werden große Medien und Politiker pflichtschuldigst darlegen, dass sie ihren Schulstoff gut gelernt haben. Deutschland habe, so werden wir hören, den Ersten Weltkrieg 1914 ausgelöst. Deutschland und seine Großmannssucht. Deutschland und sein Flottenbau. Oder ist die Welt nicht so einfach gestrickt, wie es die Geschichtswissenschaft gerade in Deutschland so oft darstellt? Diese Frage wirft der weitgereiste, vielbelesene und oft gefragte politische Journalist Dr. Bruno Bandulet in seinem neuen Werk *Als Deutschland Großmacht war* auf und erzählt einen faszinierenden Krimi, der auch heute noch Vorlage für diverse Konflikte ist. Bandulet wagt Antworten, die politisch unkorrekt sind... (Eine [Buchbesprechung im Kopp-Verlag](#) über das dort erschienene Werk von Bruno Bandulet, der auch beim ef-Magazin schreibt.)



Wieder Zensur: SAT.1-Frühstücksfernsehen streicht Talk mit Akif Pirinçci aus Sendung



Es ist so gekommen, wie viele vermutet haben: Das [SAT.1-Frühstücksfernsehen](#) hat das Gespräch mit Akif Pirinçci, das am Mittwoch im Berliner SAT.1-Studio aufgezeichnet wurde und heute Morgen hätte gesendet werden sollen, ersatzlos aus seinem Programm gestrichen. „Ich bin selber sehr überrascht“, sagte der Autor von [„Deutschland von Sinnen“](#) in einer ersten Reaktion.

Kontakt:

ProSiebenSat.1
SAT.1-Frühstücksfernsehen
Medienallee 4
D-85774 Unterföhring
Tel: 089/9507-10
Fax: 089/9507-8901
zuschauerservice@sat1.de



Berliner Willkommenskultur



Drei Tage nach der

Räumung des Flüchtlingscamps am Oranienplatz hockt immer noch eine geistesgestörte Negerin auf einer Platane und [macht auf Hungerstreik](#). Die Polizei hat ihr die Matten unten hingelegt, falls sie runterplumpst, denn die Berliner Feuerwehr hat keine drei Meter hohe Leiter, um *die Refugee-Frau Napoli Langa* runterzuholen. Bei den Grünen wurde bereits ein Architekten-Wettbewerb für eine Negerhütte auf dem Baum gestartet.